

Wirtschaftsrat Deutschland

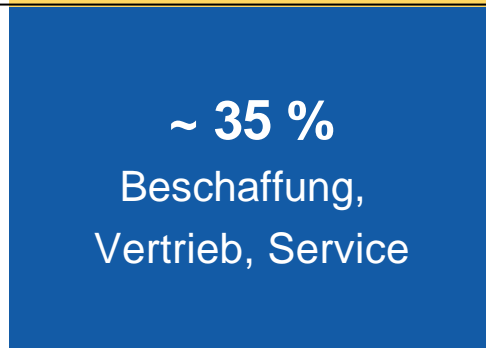
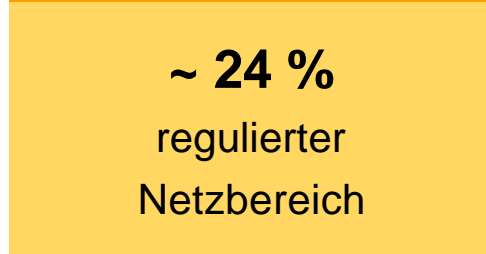
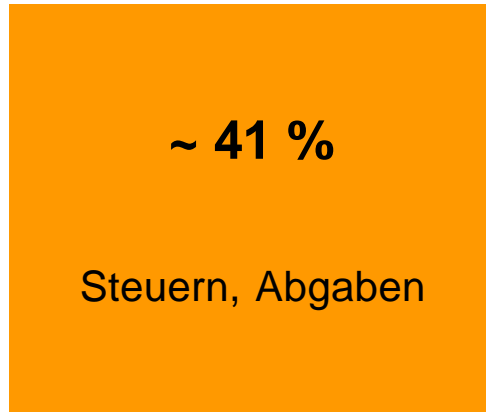
9. Klausurtagung Energie- und Umweltpolitik

„Energiepreise zwischen Staat und Wettbewerb: Mehr Markt zulassen!“

25.02.2011, Tuomo Hatakka

Preise zwischen Staat und Wettbewerb?

Strompreis Haushaltskunden



~ 2/3
Staat

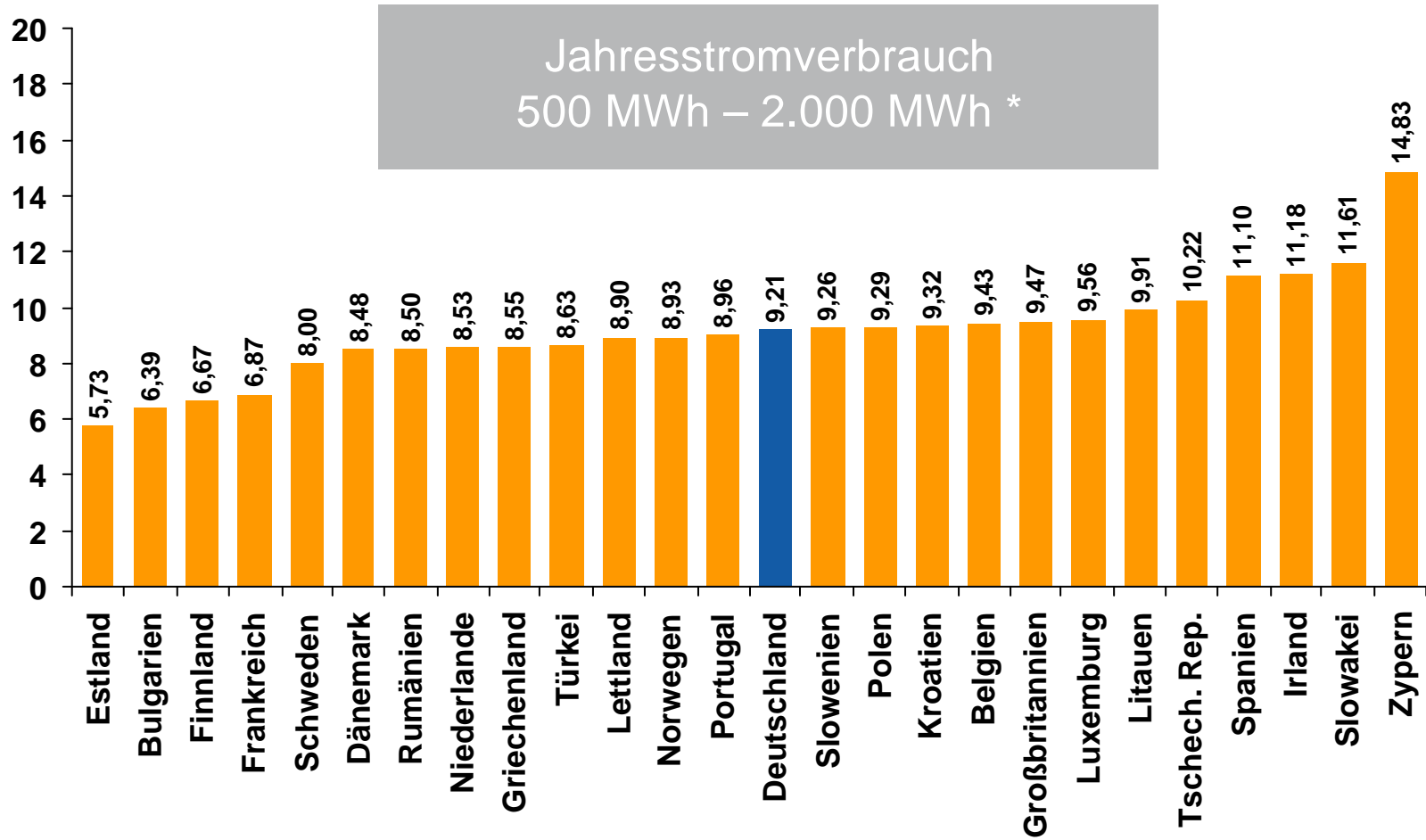


~ 1/3
Wettbewerb

Quelle: BDEW

Europäischer Strompreisvergleich – Industriekunden ohne Steuern, Abgaben und Umlagen

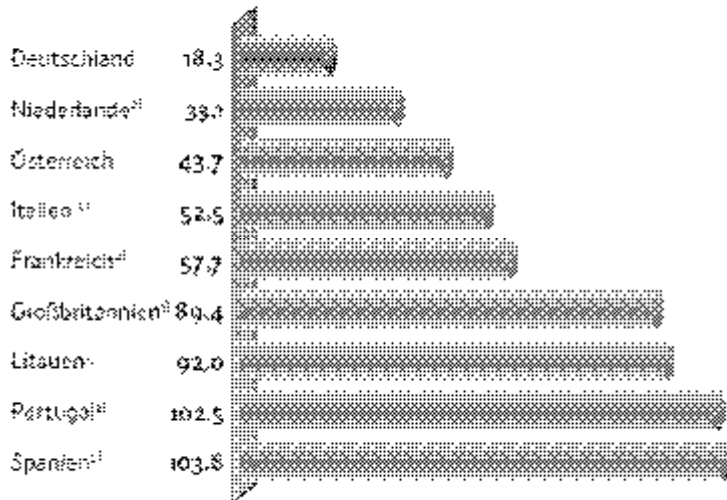
Cent / kWh



Quelle: BDEW, Eurostat Stand: 1. Halbjahr 2010 (Durchschnitt) *) Eurostat Band IC; keine Angaben für Italien, Malta, Österreich, Ungarn

Netzausbau wird massiv zunehmen müssen

Durchschnittliche Unterbrechungsdauer der Stromversorgung 2008 je Kunde in Minuten



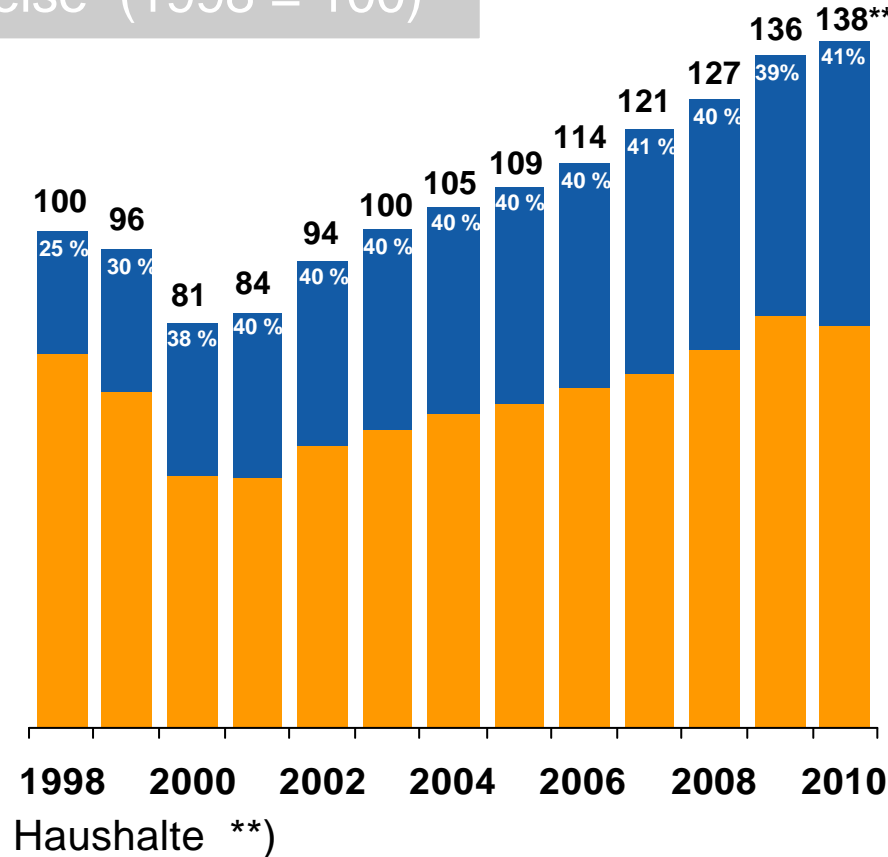
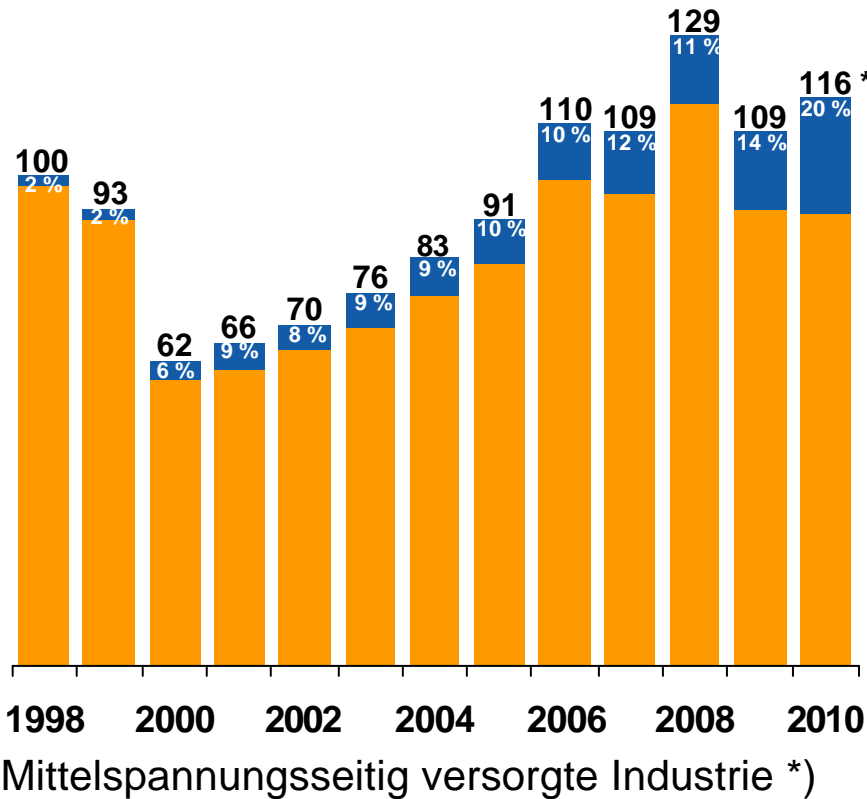
¹⁾ 2006 ²⁾ 2007

Quelle: ENN: E-Environ. Wien: 4th Benchmarking Report on Quality of Electricity Supply 2008, BDEW

- ~ 1 Billion € Investitionen in Europa bis 2020 (Energiestrategie 2020 der Kommission)
 - ~ 500 Mrd. € in Erzeugung
 - ~ 400 Mrd. € in Verteilnetze
 - ~ 200 Mrd. € in Übertragungsnetze
- ~ 3500km neue Übertragungsnetze In Deutschland (dena Netzstudie II)
- flächendeckender Ausbau von Smart Grids

Rasant steigende Staatsquote

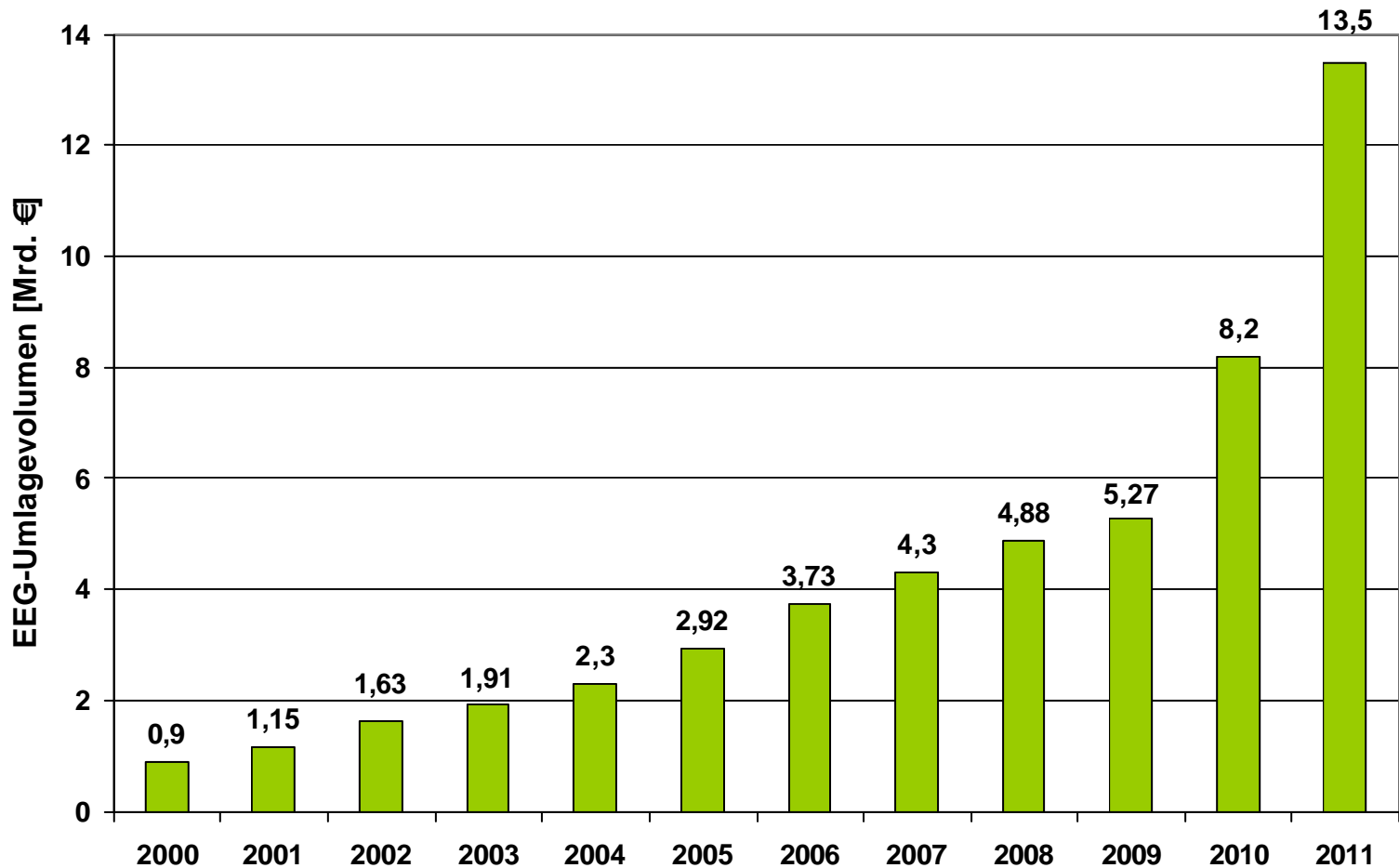
Entwicklung der Strompreise (1998 = 100)



*) ohne Stromsteuer **) durchschnittlicher Drei-Personen-Haushalt mit 3500 kWh/a ***) Durchschnitt einschl. Dezember 2010 ■ Staatsanteil

Quellen: VEA, BDEW

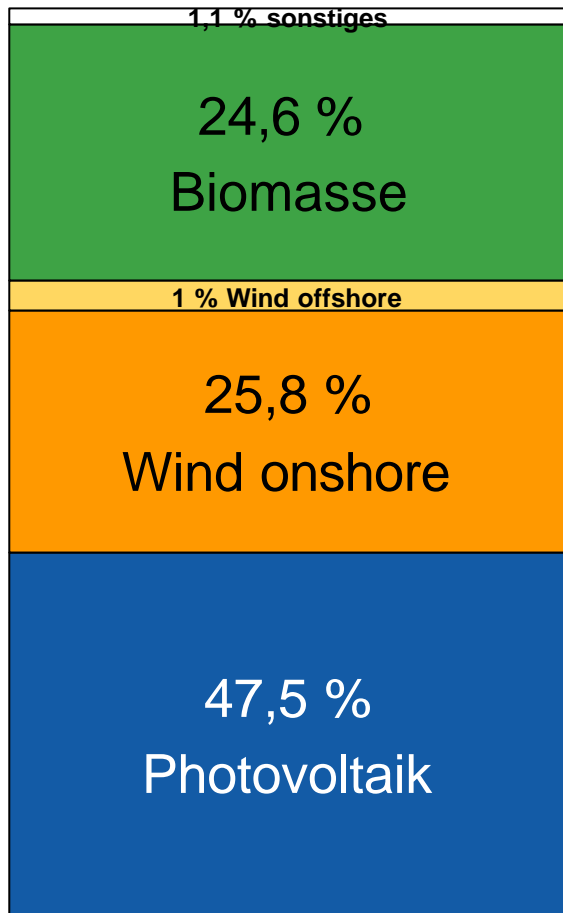
Treiber: Entwicklung der EEG-Umlage



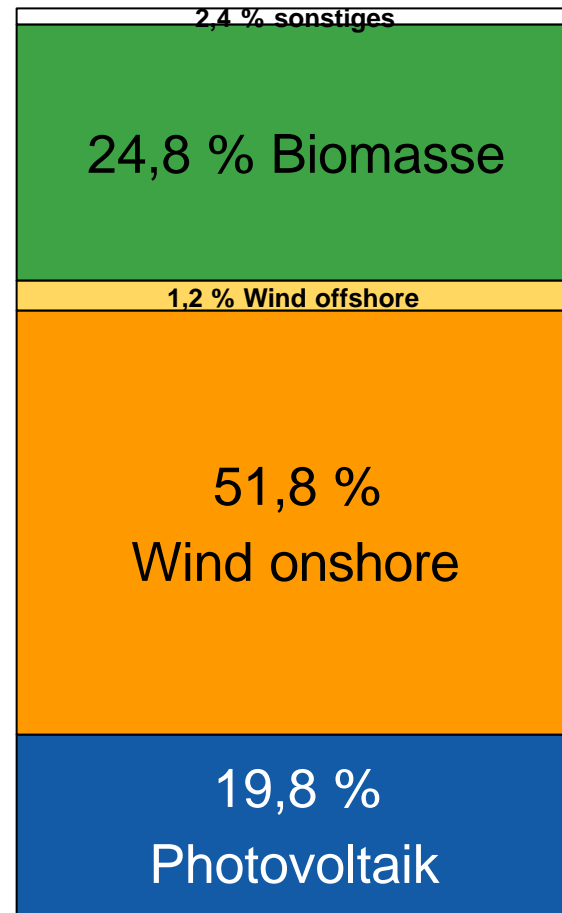
Quelle: BDEW

Effiziente Förderung der Erneuerbaren?

Anteil an EEG-Vergütungssumme 2011



Anteil an EEG-Strommenge* 2011



Quelle: BDEW

? 16,7 Mrd. €

(abzgl. Vermiedene Netzentgelte)

? ~ 98 TWh *ohne Direktvermarktung

- Märkte erreichen Ziele besser und kostengünstiger als Ordnungsrecht
- Konsequenz: „Mehr Markt zulassen!“
- Voraussetzung sind konsistente politische und regulatorische Vorgaben und die konsequente Marktöffnung in ganz Europa.
- Klimaschutz kann nur gelingen, wenn alle an einem Strang ziehen.
- Emissionshandel ist das entscheidende Instrument
- Ineffiziente nationale Fördersysteme müssen europäisiert werden
- Erhalt des breiten Mix von klimaschonenden Erzeugungstechnologien
- „Real deal“ zwischen Industrie, Politik und Gesellschaft